

Die einzige nationale Staatsauffassung Marr's Rede in Dresden

Dresden, den 20. April.

Die Kundgebung des Republikanischen Reichsbundes für die Präsidentschaftskandidatur Marr im Circus Carrasanti wurde durch den Vorsitzenden Arbeitsminister a. D. Rüstau eröffnet, der in seinen Begrüßungsworten auf die große politische Entscheidung hinwies, die uns am 28. April bevorsteht, wo es dem Ansturm der vereinigten Gegner der Republik zu begegnen gelte. Es handelte sich diesmal um die Wahl eines Staatsmannes, eines Deutschen, der die Geschichte mit Besonnenheit, mit Gerechtigkeit und sozialen Empfinden lenken solle. Bei der diesmaligen Reichspräsidentenwahl müsse es sich zeigen, daß der Gedanke friedlichen Wettbewerbes das deutsche Volk beherrscht. Nur ein Mann, der getragen sei vom Glauben an die guten Kräfte im deutschen Volke, kann und darf den verwaisten Platz des deutschen Reichspräsidenten einnehmen.

Stürmisch begrüßt nahm hierauf das Wort

Reichskanzler a. D. Dr. Wilhelm Marr

Der 20. April wird für absehbare Zeit die Entlohnung des Deutschen Reiches und der deutschen Republik bestimmen. Es ist ein besonderes Vorrecht des deutschen Volkes, sich selbst in direkter Wahl den Mann zu bestimmen, der für sieben Jahre die Geschichte des Volkes gemäß den Bestimmungen der Verfassung leiten soll. Dieses bedeutungsvolle staatspolitische Recht schließt auf der anderen Seite auch die Pflicht in sich, von diesem Recht einen gewissenhaften und vernünftigen Gebrauch zu machen.

Das deutsche Volk soll wissen, welche politischen Ziele die Männer, die als Kandidaten vorgeschlagen sind, erstreben. Es handelt sich um politische Ziele, und es wäre eine Verkennung der Sachlage, wenn man davon ausgehen wollte, daß der Reichspräsident am besten aus Kreisen genommen würde, die sich bis jetzt um Politik überhaupt nicht gekümmert haben. (Weisfall.)

Ich glaube, das deutsche Volk würde einen solchen Jertum recht bald in beauerlicher Weise zu spüren bekommen. Es handelt sich nun einmal um Politik bei unserer Staatsleitung und namentlich ein Volk wie das deutsche, das einen Weltkrieg verloren hat, bedarf einer klugen, nach politischen Grundsätzen handelnden Leitung. Deshalb wird mit Recht vom deutschen Wähler verlangt, daß er über die politischen Ziele der Männer genau unterrichtet wird, die ihm als Führer des höchsten politischen Amtes vorgeschlagen werden. Und wenn ich Ihnen heute meine politische Einstellung darlegen soll, dann glaube ich, brauche ich Ihnen keine großen Offenbarungen zu machen. Das Jahr 1924 sah mich in meinem ganzen Verlauf als Reichskanzler an der Spitze der deutschen Regierung, und ich glaube, daß dieses Jahr sich auszeichnet hat durch den Umstand, daß die Politik dieses Jahres klar war in ihren Zielen. Ich bin vermöge meiner Einstellung als freier Sohn der Rheinlande, das den Anspruch machen darf, eines der freiesten und selbstständigsten Länder des Reiches von jeher zu sein, darauf eingestellt, meine Politik in voller Freiheit, Wahrheit und Klarheit zu führen. (Stürmischer Weisfall.) Es gibt manche Leute, die der Ansicht sind, die Politik könne nur dann richtig geführt werden, wenn sie in ihren Zielen sich möglichst verhält, und Wege geht, die nicht immer gerade zu sein brauchen. Ich habe das schon seit Jahren als durchaus verkehrt angesehen und bezeichnet, und ich glaube, gerade die Politik des deutschen Volkes kann am besten nur dann gefördert und zum Wohle der Gesamtheit gestaltet werden, wenn sie absolut sicher geradeaus führt, wie das Gewissen es vorschreibt. Ich habe nach außen hin die

Verständigung mit unseren Gegnern

mich anzustreben bemüht und habe auch heute diesen Weg als einzig fruchtbringend. Ich habe den Erfolg gehabt, daß unsere Regierung wieder als gleichberechtigter Teilnehmer am Verhandlungstisch erscheinen konnte. Ich bin weit davon entfernt, die Erfolge von London zu groß zu veranschlagen. Unsere wirtschaftliche Lage ist noch außerordentlich schwer, die Einkommensverhältnisse noch recht schlecht und niedrig, aber wir sind nun an gekommen und wir haben die Aussicht, daß wir allmählich auf politischem, finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet voranschreiten werden. Daß wir solche Einkommensverhältnisse haben weiß jeder, weil wir den Krieg verloren haben. Wüßten nur alle daraus die notwendigen Konsequenzen und Lehren ziehen. (Weisfall.)

Meine politischen Grundsätze habe ich wiederholt dargelegt. Sie ergeben sich aus meiner Lebensarbeit und aus der Gemeinschaftsarbeit der Parteien, die meine Wahl dem Volke vorschlugen. Ich kann heute abend darauf verzichten, sie eingehender zu wiederholen. Nur in wenigen Sätzen will ich eine Zusammenfassung meines Programmes geben.

Meine Arbeit gilt der

Erhaltung der Reichseinheit.

Das Werk Bismarcks, das nach dem militärischen Zusammenbruch des Jahres 1818 lange Zeit bedroht erschien, soll erhalten und gefestigt werden.

Wir hätten erst endgültig verloren, wir hätten nichts mehr, wenn wir das einheitliche Reich aufgaben, wenn wir uns verkleinern ließen, in den Fehler zu verfallen, den unsere Väter nach dem Dreißigjährigen Krieg machten, nämlich das Einzelrecht über das Recht der Gesamtheit zu stellen.

Erhaltung und Festigung des Reiches heißt nicht Zentralismus, heißt nicht, alles von einer Stelle kommandieren wollen. In großen Fragen Einheit! In allen anderen Fragen Freiheit! Freiheit der Stämme, der Selbstverwaltung, der Selbstverantwortung.

Ich muß mit größter Entrüstung es als schamlose Verleumdung zurückweisen, wenn in einem jüdischen Blatt die Behauptung aufgestellt wird, ich sei irgendwie geneigt, separataistischen Ideen Raum zu geben. Ich darf das eine sagen, daß ich von Anfang der Besehung namentlich meiner engeren Heimat an mit aller Entschiedenheit allen Vorschlägen entgegengetreten bin, die auf eine Abtrennung von Gebieten vom Deutschen Reich hingielen. Von anderer Seite sind derartige Vorschläge in durchaus bester Absicht gemacht worden. Aber dennoch habe ich mich in aller Entschiedenheit dagegen gewehrt. Mein Standpunkt war stets der: Man mag uns die Rheinlande mit Gewalt abnehmen, dann werden wir das Schicksal wie so manches andere zu tragen wissen, aber Selbstabspaltung wäre ein unverantwortlicher Fehler und könnte nicht zum Guten führen!

Meine Arbeit gilt der

Freimachung Deutschlands nach außen.

Soweit meine Kräfte reichen, soll Deutschland wieder ein freies gleichberechtigtes Volk unter den anderen Völkern Europas und der Erde sein. Ich vertrete den Gedanken des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Mit diesem Grundsatz können wir vor die Völker der Erde treten, um die Gleichberechtigung Deutschlands als ewiges Recht der deutschen Nation zu fordern. Wir wollen die Verpflichtungen, die wir nach dem ver-

loren Krieg übernehmen mußten, erfüllen, soweit unsere Kraft reicht, wir wollen die Lasten tragen; aber wir wollen auch als gleichberechtigte Nation betrachtet und behandelt werden. Als Volk schätzen wir unsere Ehre, unsere Freiheit nicht geringer, als andere Völker ihre Ehre und Freiheit. Ja als ein Volk, das einen Weltkrieg verloren, haben wir ein Recht, in unserem Ehrgefühl empfindlicher, feinfühlicher zu sein als die Siegervölker, für die der Erfolg wirkt und arbeitet. Wir ziehen uns nicht unseren Pflichten, aber wir machen eifrigst auf unsere Rechte. Wir sind zur offenen Gemeinschaftsarbeit im Völkerverbunde bereit; aber wir können dafür keine Bedingungen anerkennen, die anderen nicht auferlegt werden. Wenn der deutsche Volksstaat, die deutsche Republik sich noch nicht so befestigt haben, wie es wünschenswert ist, dann mögen die westlichen Völker sich einmal überlegen, wieviel sie daran mitschuldig sind. Inwiefern sie den Gegner des deutschen Volksstaates, den Anhänger des alten in die Hände gearbeitet haben, durch die Weltkriege, die sie Deutschland auflagen. Das möge man besonders in Frankreich beachten. Wir wollen mit Frankreich in Frieden leben. Dieser Friede kann aber nur bestehen und dauern auf dem Wege gegenseitiger Achtung und Gleichberechtigung.

Meine Arbeit gehört der

Freimachung der Rheinlande, meiner Heimat.

Für dieses Ziel muß das ganze deutsche Volk Opfer bringen. In dieser Hinsicht bedauere ich, daß noch immer die Rheinzone nicht frei ist von fremdhändiger Besetzung. Eine langdauernde Besetzung fremder Landesteile ruft neue Spannungen hervor. Der Versailler Vertrag legt uns nicht nur Pflichten auf, sondern gibt uns auch Rechte; und wir haben ein Recht, die Räumung zu fordern.

Meine Lebensarbeit gehört der

Wiedererrichtung einer gesunden deutschen Wirtschaft

Zur Wirtschaft gehören alle Arbeiter in Deutschland: Die Unternehmer, die Arbeitnehmer, die Ingenieure, die Techniker, die Lehrer, die Landwirte, der Mittelstand und alle anderen. In dieser Hinsicht sind wir alle zusammengehörig, tragen alle Sorgen gemeinsam. Die Lage unserer Wirtschaft ist schwer und wird noch lange schwer sein. Es fehlt uns an flüssigem Kapital. Es fehlt an Absatzmöglichkeit. In allen Ländern ist der Produktionsapparat größer als er vor dem Kriege war. Andererseits sind alle europäischen Länder verarmt, sie können weniger kaufen. Daher eine Verstärkung des Kampfes um den Absatz, verstärkter Wettbewerb.

Nur eigene Leistung kann uns eine gesunde Wirtschaft wieder schaffen. Ich habe ein unerschütterliches Vertrauen in die Leistungskraft und den Arbeitseifer der beiden großen Produktionskräfte, der Unternehmer und der Arbeitnehmer. Sie haben beide das Deutschland der Vorkriegszeit groß gemacht. Sie werden auch das neue Deutschland groß machen.

Die deutsche Wirtschaft kann nicht gefunden auf Kosten einer verarmten Arbeitnehmerschaft. Sie kann auch nicht gefunden durch Erschütterungen der deutschen Unternehmerschaft, beide müssen leben, schaffen und arbeiten. Beide haben Anspruch auf den Schutz des Staates. Der Staat hat für Ordnung und Ruhe zu sorgen. Er hat auch für eine gute moderne Handelspolitik, für eine moderne Sozialpolitik, für eine wohlhabendere Steuerpolitik zu sorgen, die die Lasten gerecht verteilt. Er muß eine gesunde Währungsreform durchsetzen, die die Wirtschaft befestigt, neue, ertragreichere Arbeitsmethoden zu finden, die die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt sichern, die die Zahlungsmittel der Wirtschaft erneuern und dann noch genau abstimmen lassen, um die Ansammlung von neuem Betriebs- und Sparvermögen zu stellen. Diese Aufgaben sind schwer, aber sie sind lösbar. Diese Gewißheit entnehme ich aus der unverminderten Tüchtigkeit des deutschen Volkes in allen seinen Schichten.

Das, was hier als Programm aufgestellt wurde, ist nur möglich.

wenn ein neuer Gemeinschaftsgeist im deutschen Volke Einzug hält.

Und in dieser Hinsicht ist es nötig, an einige alte Dinge zu erinnern.

Wir sind spät, sehr spät, zu spät als einiges Volk in die moderne Geschichte eingetreten. Uns hatte der Dreißigjährige Krieg, jener blutige Religionskrieg, Wunden geschlagen, die dreihundert Jahre gebraucht, um zu vernarben. Wir traten erst dann in die moderne Geschichte ein als deutsches Volk, als die westeuropäischen Mächte schon hundert Jahre lang die Welt geführt und beherrscht hatten. Wir kamen erst, als die Welt größtenteils verteilt war. Wir hatten und haben es schwerer als die anderen Völker. Es braucht eine lange Zeit, bis Völker zur Einheit, zum einheitlichen Können und Wollen verschmolzen sind. Das einzige Deutsche Reich haben wir seit 1871.

Um die wirklich einig deutsche Nation rings um noch heute. Jahrzehntelang hatten wir im Deutschen Reich ein eigenes Haus; aber die Verwirrung dieses Hauses waren nicht einig. Jede Schicht lebte für sich. Es wüßte kein Weg der Verständigung von der Stadt zum Land, vom Lande zum Stadt. Jede Gruppe schloß sich von den anderen ab. Jeder Stand kämpfte gegen den anderen. Es fehlte ihnen das Gewerbe, das Umfassendere: der Sinn für die staatsbürgerliche Gemeinschaftsarbeit. Das war die schwache Stelle in dem Gange der Vorkriegszeit.

Aus jener Zeit stammt der Schicksal der sogenannten „nationalen Kreise gegen die Reichsfeinde“, gegen die „Internationalen“.

Das Wort „national“ wurde zu einem volkstrennenden Schlagwort.

Wir haben alle darunter gelitten. Zentrum, Sozialdemokratie und Liberalismus befanden sich als „Reichsfeinde“ stets in gemeinsamer Verbannung.

Es gibt keine Politik, die für den Staat gefährlicher ist, als wenn er große Teile des Volkes — als minderwertige Bürger stigmatisiert und behandelt. Das hat noch nie ein Staat, eine Nation auf die Dauer ertragen.

Selten gibt es in der deutschen Geschichte eine so verhängnisvolle Unterscheidung wie die, die seit fünfzig Jahren zwischen „nationalen“ und „unnationalen“ Volksteilen gemacht wurde. Denn als die schwerste Belastungsprobe kam, als es ums Sterben ging, vom August 1914 ab, da opferten auch die als „Reichsfeinde“ Beschimpften ihr Leben. Sie retteten den Staat, als er Ende 1918 zusammenbrach. Sie bauten den neuen Staat. Sie trugen die Last in schwerster Zeit, als keine Lorbeeren zu ernten waren. Was uns zusammenhält und zusammenführt, ist diese gemeinsame Arbeit. Und über dieser gemeinsamen Arbeit steht als Leitmotiv das Wort:

Nie wieder wollen wir dulden, daß ein treuer Deutscher als national minderwertig, als patriotisch zweifelhaft bezehnet werde. Weit wollen wir die Türen öffnen für alle Deutschen, die am Wohle des Landes und der Nation mitarbeiten wollen. Es bleibt die Aufgabe des neuen demokratischen Staates, daß wir

das verhängnisvolle Erbe der Volkszerteilung beseitigen. Wir stehen in der Erfüllungszeit dieser Aufgabe. Wir sind weitergekommen auf diesem Gebiete. Wieder einmal erweisen sich die Geschmähten von früher als die Bannerträger einer neuen Zeit.

Was von diesem alten, überholten Gegenjag von „national“ und „unnational“ gilt, das gilt für den Klassengegensatz. Es wird auch wohl in Zukunft schwer möglich sein, die scheinbaren, großen Interessengegensätze zu beseitigen, einen vollen Friedenszustand zwischen den Klassen herbeizuführen. Was wir können, ist ein anderes: das staatsbürgerliche, das nationale Gemeinschaftsgefühl muß stärker empfunden werden als der Gegensatz der Klassen und Stände. Es gibt aber keine Staatsform, die so sehr geeignet ist, das Gemeinschaftsgefühl der Bürger zu stärken und es damit zum Ausschlaggebenden zu machen wie die Demokratie. Die Schwäche des alten Systems bestand darin, daß es einer Klassenherrschaft Raum gab; es verschärfte den Klassenkampf, indem es ihn politisierte. Wir geben jedem Bürger seinen gerechten Anteil am Staate.

Und noch eine dritte Scheidelinie aus der Vorkriegszeit tragen wir allmählich ab:

die Politisierung des konfessionellen Gegensatzes.

Zu allem Unglück wurde nach 1871 auch noch der Streit zwischen den Konfessionen in das deutsche Volk hineingeschleubert. Gemäß in kulturellen Fragen gibt es Gegensätze, die im engen Zusammenhang stehen mit den Weltanschauungen der großen Konfessionen. Auch um diese Dinge wird und muß man heftig ringen. Aber dieses Ringen darf nicht mit parteipolitischen Schlagworten geführt werden. Es darf nicht zu einem Werkzeug des politischen Parteikampfes erniedrigt werden. Auch dieser Gegensatz hat das Reich jahrzehntelang erschüttert, hat verhindert, daß wir zum Bürgervolke geworden sind. Auch hier gilt es, den konfessionellen und kulturellen Gegensatz zu entpolitisieren und ihn zum Gegenstand des freien geistigen Ringens zu machen. Der Staat hat die Gewissensfreiheit seiner Bürger zu sichern. Der Staat hat dem Glauben und der Weltanschauung Bewegungsfreiheit zu verschaffen.

Unser Staat ist kein katholischer, kein protestantischer, kein jüdischer, kein freigeistiger Staat, sondern ein Gebilde für alle Bürger.

Der Krieg hat erwiesen, daß der konfessionelle Gegensatz kein politischer, kein nationaler Gegensatz ist. Katholiken, Protestanten, Juden und Freigeister sind gemeinsam gestorben, gemeinsam in fremder Erde beerdigt. Das war das große Erlebnis der Kriegszeit. In diesem Erlebnis wurde der Gegensatz aufgehoben und der Bildung verleiht. Die Demokratie hatte nur noch die Aufgabe, aus diesem Erlebnis die Folgerung zu ziehen. In gemeinschaftlicher politischer Rettungsarbeit an Volk und Reich haben sich Anhänger der verschiedensten Konfessionen und Weltanschauungen achtem und verstehen gelernt. Deshalb sieht der vergangene Zwiespalt zusammen. Ein neuer Tag bricht an in der deutschen Geschichte, ein Tag, dessen Lösung heißt:

Wir alle sind Glieder einer Nation, Bürger eines Staates. Laßt uns dem Staate und der Nation gemeinsam dienen. Im Dienst an der Nation Einheit! In anderen Fragen Freiheit!

Gewiß ist dieser Prozeß der Umbildung des Klassenstaates zum Volkstaate noch nicht abgeschlossen. Wir werden auch mit Rückschlüssen zu rechnen haben. Vieles muß sich noch vertiefen, vieles muß erst noch Gemeinut sprechen können, muß erst noch eine Generation aufwachen, die in diese Gedankengänge hineingeboren wurde. Wir stellen uns nicht nur auf den Boden der Verfassung, aus realpolitischen Erwägungen, sondern wir wollen uns mit ganzem Herzen auf den Boden der Verfassung stellen (stürmischer Weisfall), wir wollen unser Vaterland lieben und uns hingeben im Dienst an Volk und Vaterland. Wir wollen die Verfassung als Grundlage für unser Streben ansehen. Sie kann nur dann ihre Wirkung entfalten, wenn sie befolgt ist. Aber der Welt, der sie befolgt, muß auch der Verfassung entsprechen und darf nicht ein feindlicher, gegensätzlicher sein, er muß der republikanische und demokratische sein, der die Verfassung lebendig macht.

Wir dürfen hoffnungsvoll in die Zukunft blicken. Auf dem Boden unserer demokratischen Verfassung müssen sich die einzelnen Volksteile zusammensuchen.

Doch jeder der von der Verfassung Rechte fordert, sei sich auch der ersten Pflichten bewußt, die die Zusammengehörigkeit zur deutschen Nation, zum deutschen Vaterland auferlegt.

Wenn sich das deutsche Volk zu diesem Gedanken bekennt, dann werden und können wir nicht untergehen, dann wird Deutschland sich allmählich erheben und wir die Stelle unter den Völkern einnehmen, die ihm dank seiner großen Vergangenheit gebührt und wir werden aus dem Herzen wieder singen können: „Deutschland, Deutschland über alles — über alles in der Welt.“

Als Reichskanzler Marr seine Rede beendet hatte brach ein Weisfallsturm los, wie er selbst im beifallsfreudigen Dresden wohl nur selten gehört worden ist. Die Musik intonierte das Deutschlandlied, das von den Versammelten stehend gesungen wurde. Zum Schluß ergiff

Professor Kastner, M. d. L.

das Wort, und sagte in glücklicher Weise den Eindruck, den die Rede des Präsidentschaftskandidaten gemacht hatte, mit folgenden Worten zusammen:

„Reichskanzler a. D. Marr hat heute zum ersten Male vor Ihnen gesprochen. Seine Persönlichkeit ist Ihnen der Beweis dafür, daß das, was er gesagt hat, bitterer Ernst und bittere Notwendigkeit für das deutsche Volk ist. Wir nennen uns Volksheld, weil das ganze Volk sich zu unseren Zielen bekennen könnte und mußte. Die von uns geforderte und getragene Rettungsarbeit an Staat und Volk sollte Pflicht für jeden Deutschen sein. Wir empfinden gerade darum Ehrerbietung vor dem gegnerischen Kandidaten, weil er sich nach dem Zusammenbruch des Vaterland zur Verfügung gestellt hat, im Gegensatz zu Lubendorf und Tirpitz. Gerade diese Männer aber sind es, die heute Hindenburg in den politischen Kampf gezerzt haben, weil man mit seinem Namen Stimmen zu langen hofft. Wenn Herr Stresemann die Kandidatur behler wegen außenpolitischer Gründe für nicht tragbar hielt, hält er dann die Kandidatur Hindenburg für außenpolitisch tragbar?“

Die Weimarer Verfassung ist der Grundstein unseres staatlichen Lebens, sie muß und wird aufrecht erhalten werden. Wir bekennen uns zur Weimarer Verfassung, weil wir wollen, daß unser Volk sich erneuert in Freiheit und Gerechtigkeit. Weil er der Mann der Weimarer Koalition, der Würge für die Weimarer Verfassung ist, deshalb wählen wir Wilhelm Marr.“

Die Versammlung gab durch lebhaften Beifall ihre Uebereinstimmung mit Professor Kastners Worten kund. Der Vorsitzende, Arbeitsminister a. D. Rüstau, schloß die Kundgebung mit einem Hoch auf die Republik.